

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

zur Erklärung der Bundesregierung

zum Besuch des Generalsekretärs der KPdSU und Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, Michail Gorbatschow, in der Bundesrepublik Deutschland

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag begrüßt und unterstützt die in der Gemeinsamen Erklärung proklamierten Absichten und Ziele zur Fortentwicklung der bilateralen Beziehungen und des europäischen Friedensprozesses, insbesondere die erneute Betonung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Er sieht in diesem Friedensprozeß eine kontinuierliche Fortsetzung der von den Bundesregierungen Brandt und Schmidt eingeleiteten Entspannungspolitik.
2. Der Deutsche Bundestag stellt fest, daß der in der Sowjetunion und anderen osteuropäischen Ländern in Gang gesetzte Prozeß grundlegender Reformen auch im Interesse des Westens liegt und daher von der Bundesrepublik Deutschland zu unterstützen ist.
3. Auf dem Weg zu einer Europäischen Friedensordnung, zu der sich beide Seiten in der Gemeinsamen Erklärung bekennen, müssen alle Möglichkeiten von Rüstungskontrolle und Abrüstung zur Gewährleistung von Stabilität und Sicherheit auf möglichst niedrigem Streitkräfteniveau entschlossen und umfassend genutzt werden. Dies gilt insbesondere für die umgehende Aufnahme von Verhandlungen mit dem Ziel der Abschaffung der nuklearen Kurzstreckenraketen sowie für die Vereinbarung einer Null-Lösung für nukleare Gefechtsfeldwaffen.

Die Bundesregierung ist aufgefordert, sich für diese Abrüstungsziele sowohl im Rahmen des Nordatlantischen Bündnisses als auch in direkten Gesprächen mit der Sowjetunion und den anderen Mitgliedstaaten der Warschauer Vertragsorganisation einzusetzen.

4. Berlin muß an dem Prozeß der Entspannung und Zusammenarbeit zwischen Ost und West voll teilhaben und zu einer zentralen Drehscheibe der Weiterentwicklung der Ost-West-Beziehungen ausgebaut werden. Die Einbeziehung von Berlin (West) in Verträge mit der Sowjetunion ist auf der Grundlage des Vier-Mächte Abkommens generell sicherzustellen.
5. Eine Europäische Friedensordnung bedarf der engen kooperativen Verknüpfung zwischen den europäischen Staaten und Gesellschaften. In diesem Sinne begrüßt der Deutsche Bundestag den Abschluß der bilateralen Verträge im Bereich der wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen, sozialen und kulturellen Zusammenarbeit. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, die durch diese Verträge geschaffenen Möglichkeiten voll auszuschöpfen und insbesondere die Austauschprogramme mit der Sowjetunion weiter auszubauen.
6. Der Deutsche Bundestag begrüßt die großzügigere Ausreisep Praxis für Sowjetbürger deutscher Nationalität. Er begrüßt die Bemühungen der Sowjetunion, die Situation der Sowjetbürger deutscher Nationalität in der UdSSR durch eine verstärkte kulturelle und politische Autonomie zu verbessern. Die Bundesregierung wird aufgefordert, diese Bemühungen durch konkrete Maßnahmen zu unterstützen und zur Ausarbeitung eines Förderungsprogrammes Gespräche mit der Sowjetunion und Konsultationen mit den Betroffenen aufzunehmen.
7. Die Verwirklichung der in den KSZE-Vereinbarungen festgelegten Grundsätze und Maßnahmen zur Durchsetzung der Menschenrechte ist ein unabdingbarer Bestandteil des Entspannungsprozesses. Wahrung und Durchsetzung individueller und sozialer Grundrechte dürfen auch in kritischen Situationen weder aufgegeben noch geschmälert werden.

Bonn, den 14. Juni 1989

Dr. Vogel und Fraktion